

BpO

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

Federal Organisation of (ex-) Users and Survivors
of Psychiatry in Germany

Member of ENUSP (European Network of (ex-) Users and Survivors of Psychiatry)
Member of WNUSP (World Network of Users and Survivors of Psychiatry)

Geschäftsstelle

Wittener Str. 87, 44 789

Bochum

Tel: 0234 / 68 70 5552

Fax: 0234 / 640 51 03

Kontakt-info@bpe-online.de

www.bpe-online.de

Sind Bürgerrechte noch ein Grund FDP zu wählen?

Sehr geehrte

Neben ihrem Hauptschwerpunkt, dem Wirtschaftsliberalismus, hatte die FDP immer ein weiteres Alleinstellungsmerkmal – das besondere Augenmerk auf die Grund- und Abwehrrechte des Individuums gegenüber staatlicher Gewalt.

Der Eindruck, dass dies nur Show war, bewahrheitet sich in der Haltung wichtiger FDP-Politiker zur Frage der Zwangsbehandlung in der Psychiatrie.

Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof hatten der Zwangsbehandlung in der Psychiatrie praktisch keinen Raum mehr gelassen. Seit Juli 2012 ist die Zwangsbehandlung in ganz Deutschland illegal.

Da jahrelang ein Fünftel aller Psychiatrie-Insass/inn/en gegen seinen Willen mit gefährlichen Psychopharmaka behandelt wurde, mindestens ein weiteres Fünftel nur mitmachte, weil es um die Möglichkeit der gewaltsamen Zuführung der Gifte wusste, heulten die Verbände der Psychiater und Betreuer angesichts der Bedrohung ihrer unumschränkten Macht laut auf.

Zunächst sah es so aus, als wolle die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger die von der Psychiatrie gemachte Unterscheidung zwischen Mensch und Untermensch (= psychisch Kranker) nicht mitmachen.

Dem Focus sagte sie im August: „Das ist ein ganz sensibles Thema. Die Konsequenzen aus der Kehrtwendung des BGH“ würden derzeit „eingehend im Bundesjustizministerium geprüft“. „Dazu gehört, die Sicht aller Beteiligten einzubeziehen und abzuwägen, und dazu gehört, sehr sorgfältig über eine Rechtsgrundlage nachzudenken, die dann hohen rechtstaatlichen Ansprüchen genügen müsste.“

Da dies nicht nach Tempo klang, ließen Psychiatrie und Pharmaindustrie ihre Verbindungen spielen. Nun redete Frau Leutheusser-Schnarrenberger auf einmal so:

„Die derzeitige Situation kann für einen Teil der nach Betreuungsrecht untergebrachten bzw. unterzubringenden Betreuten schwerwiegende Folgen haben. Denn das Fehlen von Zwangsbefugnissen zur Durchsetzung notwendiger medizinischer Maßnahmen kann dazu führen, dass ein Betroffener ohne eine solche Behandlung einen erheblichen Schaden nimmt. So kann beispielsweise die aktuelle Krankheitsepisode für den Fall der Nichtbehandlung einen schwereren und längeren Verlauf nehmen oder es kann eine bis dahin noch vermeidbar gewesene Chronifizierung der Erkrankung drohen. Für die Patienten kann die Nicht-Behandlung teilweise ein extremes Leiden bedeuten.“

Um derart schwerwiegende gesundheitliche Folgen für einen Teil der Betreuten zu vermeiden, besteht daher akuter, gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Sogar das reguläre Gesetzgebungsverfahren erscheint vor diesem Hintergrund als zu zeitaufwendig, weshalb die Bundesregierung die Regelung durch Anknüpfung an ein anderes Verfahren nochmals beschleunigen will.“

Unser Recht auf körperliche Unversehrtheit ohne reguläres Gesetzgebungsverfahren rasch einzuschränken – zwischen Menschen und Geisteskranken unterscheiden – Körperverletzung als Hilfe verkaufen – so etwas hätten wir von der NPD zum Thema Psychiatrie erwartet.

Dank des massiven Einspruchs der Opposition, hier vor allem der Linkspartei, kam es dann doch zu einer Geheimanhörung und einer halböffentlichen Anhörung vor dem Rechtsausschuss. Im Rahmen der halböffentlichen Anhörung wurde nach Drängen der Oppositionsparteien sogar eine Vertreterin der Psychiatrie-Erfahrenen als Expertin geladen.

Doch trotz

- a) eindeutiger Ablehnung von Seiten der organisierten Psychiatrie-Erfahrenen
- b) einem negativen Rechtsgutachten von Rechtsanwalt Thomas Saschenbrecker
- c) massiver Bedenken des Deutschen Instituts für Menschenrechte

will die schwarz-gelbe Koalition an ihrem grundrechtswidrigen Gesetzentwurf, der die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in keiner Weise erfüllt, festhalten. Bereits am Do, 17. Januar soll die Zwangsbehandlung psychiatrisch Diagnostizierter in der 2./3. Lesung den Bundestag passieren.

Warum schreiben wir Ihnen das alles?

Wir gehen davon aus, dass es weiterhin Menschen in der FDP gibt, denen die Grund- und Abwehrrechte des Einzelnen gegenüber dem Staat wichtig sind.

Wir gehen davon aus, dass viele FDP-Mitglieder den von ihren Recht- und Gesundheitspolitikern geplanten Anschlag auf die Menschenrechte psychiatrisierter Bürger nicht mitbekommen haben.

Wir gehen davon aus, dass Sie zeitnah bei Ihren Vertreterinnen und Vertretern im deutschen Bundestag nachfragen, wie ein derartiges Vorgehen mit dem liberalen Markenkern der FDP vereinbar ist.

Wir gehen davon aus, dass Sie sich unter

www.bpe-online.de/aktuelles/zwang-abschaffen.htm

www.psychiatrie-erfahrene-nrw.de/Abschaffung_der_Zwangsbehandlung.htm/

www.zwangspanychiatrie.de/aktuelles/

www.die-bpe.de

kundig machen.

Wie können Sie uns Fragen stellen?

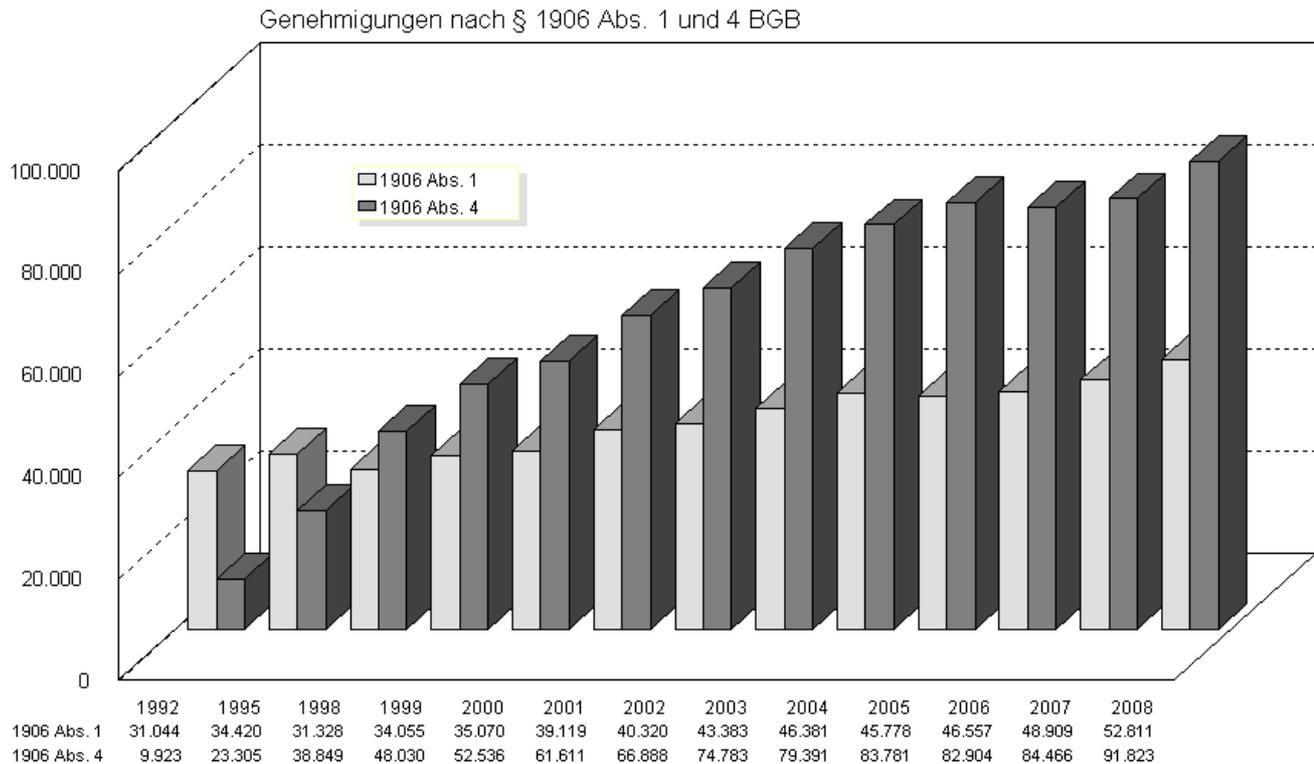
Matthias Seibt 0157 / 84 95 67 79 oder Matthias.Seibt@psychiatrie-erfahrene-nrw.de

Martin Mayeres 0175 / 440 550 4 oder Martin.Mayeres@psychiatrie-erfahrene-nrw.de

Johannes Bischoff 06321 / 9582 982 oder jg-bischoff@gmx.de

In Erwartung Ihrer Reaktion grüßen Sie freundlich
Für den geschäftsführenden Vorstand

Zwangseinweisungen 1992 – 2008 in der BRD nach § 1906 Abs. 1 und 4 BGB



Die **Lebenserwartung** psychiatrie-erkrankter Menschen ist in Folge der nehmungslosen Verschreibung von Psychopharmaka drastisch verkürzt. Je nach Untersuchung leben die Behandelten **20 bis 32 Jahre kürzer als der Durchschnitt der Bevölkerung**. www.psychiatrie-erfahrene-nrw.de/keinZwangPerBetreuung.html oder bei google „Volkmar Aderhold“ eingeben.

Die **Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP)** gibt **20 bis 25 Jahre Lebensverkürzung** auf Seite 11 unter Punkt 4 ihrer Broschüre „Memorandum zur Anwendung von Antipsychotika zu“. Siehe http://www.psychiatrie.de/fileadmin/redakteure/dgsp/Flyer__Infoblatt__KuFo-Programme_u._Broschueren_als_PDF/Broschuere_Neuroleptika.pdf

Das ist das Schicksal, dass uns Frau Leutheusser-Schnarrenberger per Zwangsbehandlung zukommen lassen will. Selbstverständlich nur zu unserem Wohle.

V.i.S.d.P.: Matthias Seibt, Landgrafenstraße 16, 44 652 Herne